Entwurf

Demokratischer Einfluss der ganzen Gesellschaft auf das Regieren – bzw. wie das Wahlsystem verändert werden sollte. Ein Vorschlag zur Diskussion

1. Die heutige Gesellschaft hat nun die neue Möglichkeit, sich über das Internet sehr schnell organisieren und entscheiden zu können (vorausgesetzt, dass das Internet nicht zensiert und kontrolliert wird).

Dies gibt zum ersten Mal die Chance, das politische Programm, also den Plan, nach dem die Regierung regieren sollte, durch alle zu erstellen und durch Wahlen bzw. Abstimmungen (auch über das Internet) festzulegen.

- 2. Jede Partei (ab einer bestimmten Größe bzw. Wahlergebnis) stellt ein 10 20-Punkte-Programm auf. Es sind die für diese Partei wichtigsten Punkte, die diese Partei umsetzen würde, wenn sie alleine regieren würde. Diese Punkte müssen kurz und eindeutig formuliert werden (Ist-Zustand, Ziel, Vorgehensweise, Kosten).
- 3. Ebenso erstellen alle größeren, aber auch kleinere gesellschaftliche Gruppen, Bürgerinitiativen, Kirchen usw. eigene Punkte auf, die umgesetzt werden sollten.
- 4. Eine aus Bürgerinitiativen und Parteien zusammengesetzte Kommission (50/50), sortiert die Vorschläge (es werden sich einige wiederholen) in Absprache mit dem Vorschlaggeber, gruppiert diese in Themen (Soziales, Wirtschaft usw.) so, dass am Ende 40-60 Punkte bleiben sollten.
- 5. Diese Prozedur ist ein Dauerwerk, das jedes Jahr erneuert, bzw. erweitert wird. Dieser Prozess sollte durch 1-2 TV- und Radiosender begleitet werden, die staatlich finanziert und für alle zugänglich sind. Die Sendezeit muss entsprechend aufgeteilt werden.
- 6. Es wird eine gewisse Wahlpflicht eingeführt, dauernde Nichtwähler werden z.B. durch den Verlust von 1-2 Punkten bei der Rente bestraft. Dabei ist zu überlegen, ob Personen, die keinen deutschen Pass haben, jedoch schon sehr lange hier leben und Steuern zahlen, nicht generell wahlberechtigt sein sollten.
- 7. Danach wählen alle Wahlberechtigten aus diesen Punkten min. 10, max. 20 Punkte aus, die sie für richtig und wichtig halten. Aus den 20 Punkten, welche die meisten Stimmen erreicht haben, entsteht das Regierungsprogramm.
- 8. Die Parteien und Bürgerinitiativen (Vereine und Firmen usw.) stellen jeweils ihre Kandidaten vor, z.B. insgesamt 2000 Personen. Dabei sollte die Aufteilung max. 60/40 zu Gunsten der Parteien sein. Es muss dabei das Problem gelöst werden, wie man aus dieser Kandidatengruppe, die reinen Selbstdarsteller (ich-bezogene narzisstische Draufgänger) heraushalten kann.
- 9. Aus diesen Kandidaten werden z.B. 500 Abgeordnete durch Losverfahren ausgewählt 450 als Parlamentsmitglieder, 50 als Reserve.
- 10. Diese 450 Personen konstituieren sich, bilden Gruppen und eine Regierung, die nur eine koordinierende Funktion hat, dieses 20-Punkte-Programm umzusetzen. Die Mandatsdauer für Abgeordnete sollte auf 1- 2 Wahlperioden (im ganzen Leben) beschränkt sein.
- 10. Um immer mehr Menschen in diesen Regierungs- und Gestaltungsprozess einzubeziehen,

sollte man eine Pflicht einführen, 4 (min.) - 10 (max.) Jahre aus den gesamten 45 Jahren der Lebensarbeitszeit für gesellschaftliche Zwecke zu arbeiten. Dabei sind z.B. Verwaltung, Polizei, Armee, Schule, Kirchen, Vereine, Krankenwesen usw. zu verstehen. Dadurch wird ständig das Personal umgeschichtet und neue Ideen werden eingeführt.

Dazu sollte man, auf die Lebensdauer bezogen, das Innehaben der obersten, gesellschaftlich wichtigsten Posten in Wirtschaft und Politik auch auf max. 10 Jahre beschränken. Die betroffene Personen müssten dann anschließend min. 2-3 Stufen tiefere Positionen annehmen oder z.B. in Rente gehen.

Dieser Entwurf setzt eine Gesellschaft voraus, die durch die Prinzipien der Vernunft, der Bescheidenheit und Ökologie durchdrungen und gesteuert wird. Einziges Ziel dieser Gesellschaft ist es, das dauerhafte Überleben der Menschheit und den dauerhaften Erhalt einer unverseuchten und unverbrauchten Erde zu gewährleisten.

Daraus ergeben sich die weiteren Grundregeln:

- 1. Kein Mensch, keine Familie oder Gruppe darf sehr reich oder überhaupt reich werden.
- 2. Ziel jedes Handelns darf nicht der Vermögenszuwachs sein (kein Gewinndenken).
- 3. Dem obersten Ziel muss sich alles unterordnen: Bevölkerungszuwachs, Religionen, Konsumverhalten, Wirtschaftsordnung usw.

Hieraus folgt:

- eine Wirtschaftsordnung, die nicht auf Privateigentum basiert, sondern auf Pachtverträgen und Genossenschaften
- alles, die Erde, Bodenschätze, Ressourcen, Patente, Rechte, gehören der Menschheit und werden nur z.B. an eine Fabrik und deren Mitarbeiter auf Zeit unter Auflagen verpachtet
- dem Einzelnem kann nur das gehören, was er verbraucht. Also Gegenstände deren Verschleißzeit unter 10 Jahren liegt
- in dieser Gesellschaftsordnung sollte nicht nur reale Chancengleichheit vorhanden sein, sondern es sollte ebenfalls ein gleicher Ressourcenverbrauch für alle angestrebt werden. Ebenfalls sollte eine sehr flache Gehälterspreizung, max. 1-2.5 auf das ganze Lebenseinkommen bezogen, erreicht werden. Die in jeder Gesellschaft notwendigen Ideen- und Leistungsträger werden durch Anerkennung und Ruhm belohnt, nicht durch Geld oder Ressourcen.
- einfache Gesetze, z.B. Steuergesetz in einem Satz: "jeder zahlt Steuer, ab den ersten 100 Euro 1% bis zu 90 % bei (theoretisch möglichen?) 1 Million Euro, alle noch darüber liegende Einkommen werden steuerlich voll erfasst (100%) . Jeder zahlt MWST. Und es gibt keine Ausnahmen."
- das Strafrecht soll sich am obersten Prinzip orientieren, d.h. es soll sehr weich und fürsorglich für alle die sein, die die Gesellschaft positiv unterstützen, und brutal hart für alle, die diesen Grundgedanken verletzen. Ein Strafrecht der Opfer und nicht der Täter.